

per Mail:
@alle Mitglieder

Bericht zum Jahresgespräch zwischen den zuständigen Referatsleitungen des StMJ, der ZFB & der ABB in München am 19.02.2025

Im jährlichen Turnus sprachen die Vorsitzenden Frau Mundry, Herr Mahl und Herr Gruber am 19.02.2025 im Justizpalast in München zu verschiedenen Themen vor:

Seitens des Ministeriums nahmen neben der zuständigen Referatsleiterin (E5 - Jugendstrafrecht, Bewährungshilfe, Führungsaufsicht) Frau von Dahl, ihr Mitarbeiter Herr Engelmann und die Vertreterin des krankheitsbedingt verhinderten Referatsleiters A6 - Personalangelegenheiten Frau Stangl teil. Von Seiten der Zentralen Fachstelle für Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsicht Bayern (ZFB) beim OLG München waren Herr Hartleb als Leiter und sein Vertreter Herr Stark an der Besprechung beteiligt.

Nach der Begrüßung durch Frau von Dahl und einer Vorstellungsrunde informierten die Vorsitzenden über aktuelle berufspolitische Aktivitäten der ABB (Erfahrungen mit Satzungsänderungen, Online-Fortbildungen der ABB, Nachtragshaushalt, Fraktionsgespräche, etc.).

Anschließend wurden das Jahresgespräch 2024 und die dort getroffenen Vereinbarungen besprochen:

Die Bedingungen für die „Sprungverbeamtung nach A10“ wurden überarbeitet. Danach ist nicht mehr erforderlich, dass mindestens ein Jahr der notwendigen Vortätigkeit auf eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst nach dem Qualifikationserwerb entfällt.

Hinsichtlich der Informationsweitergabe wichtiger Maßnahmen in neuen Strafverfahren an die Bewährungshilfe (vgl. BewHBek, Punkt 7.1.2.5) ist nach Rückmeldung der Vorstandssitzung bayernweit keine signifikante Verbesserung eingetreten. Seitens des Ministeriums wird das Thema an geeigneter Stelle (z.B. Vollstreckertagung) aufgegriffen, die ZFB möchte zum Thema im Rahmen der Tagung für neu eingestellte Staatsanwältinnen und Staatsanwälte schulen. Die Notwendigkeit einer guten Vernetzung mit den örtlichen Staatsanwaltschaften auf geeigneter Ebene (z.B. Leiter oder Schnittstellenbeauftragte) wurde ebenfalls diskutiert.



Als erster neuer Tagesordnungspunkt wurden die anstehenden Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2026/2027 behandelt. Hier wurden die aktuellen Forderungen für Rubikon und insbesondere für den flächendeckenden Ausbau der Gerichtshilfe unterstrichen. Auch das Ministerium sieht hier dringenden Handlungsbedarf und wird entsprechende Stellen für die Gerichts- bzw. Bewährungshilfe anmelden. Stellenmehrungen sind aufgrund eines angekündigten Stellenmoratoriums und der sinkenden Fallzahlen in der Bewährungshilfe derzeit allerdings insgesamt als unwahrscheinlich einzustufen.

Im Rahmen des Antrags zum Doppelhaushalt wurde die Einführung der Gerichtshilfe thematisiert. Die ABB verwies auf die massiv steigenden Zahlen in den von der Bewährungshilfe betreuten Bezirken. Hier werden die zuständigen Kolleginnen und Kollegen mit hoher Wahrscheinlichkeit in absehbarer Zeit an ihre personellen Grenzen stoßen. Die Tätigkeit im Rahmen der Gerichtshilfe darf nicht zu Lasten der Bewährungshilfe gehen. Derzeit werden einheitliche Standards für die Gerichtshilfe erarbeitet, die zeitnah im Rahmen einer Praxisanhörung versandt werden. Um einen möglichen Mehraufwand begründen zu können, erscheint ein Umrechnungsschlüssel zwischen Gerichtshilfe- und Bewährungshilfefällen notwendig, an dem die ZFB federführend arbeitet. Seitens des Ministeriums werden Kriterien für die Beauftragung der Gerichtshilfe durch die Staatsanwaltschaften im Rahmen der Ersatzfreiheitsstrafenvollstreckung definiert, die über ein entsprechendes JMS kommuniziert werden sollen. Die ABB fordert an dieser Stelle eine ausreichende personelle und technische Ausstattung der betroffenen Bezirke sowohl im sozialpädagogischen als auch im Geschäftsstellen-Bereich.

Anschließend wurden der neue Qualitätsentwicklungsprozess und die Formulierungsvorschläge der Arbeitsgruppe Sicherheit diskutiert. Sowohl die ABB als auch das Ministerium bewerten den neuen Prozess als Erfolg. Einige anfängliche „Kinderkrankheiten“, die durch die Neuausrichtungen entstanden sind, wurden bereits im Rahmen des Steuerungsgremiums analysiert und angepasst. Die ABB nutzte den Austausch auf Fachebene, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Sicherheit als weitestgehend sinnvoll und praxistauglich zu werten. Ein detailliertes Feedback wurde in den entsprechenden TEAMS-Chat eingestellt. Die ABB erneuerte ihre Forderung nach einem eigenen Budget für die Qualitätsentwicklung, wofür das Ministerium mit Verweis auf die Haushaltslage und die neuen Prozesswege keine ausreichende Begründung sieht. Die Mittel für eine externe Begleitung einer Arbeitsgruppe können im Bedarfsfall über den Fortbildungstitel angefragt werden. Mehrtägige Workshops, allen voran in Präsenz, seien im neuen Prozess aus organisatorischen Gründen nicht vorgesehen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs thematisierte die ABB die Anbindung der Fachanwendung SoPart an den elektronischen Rechtsverkehr der Gerichte. Geplant ist die Einrichtung einer Schnittstelle, um mit den Fachanwendungen der Strafjustiz digital kommunizieren zu können. Das Verfahren befindet sich derzeit in der Entwicklungs- und Testphase (vgl. Schreiben Dr. Kindler vom 10.12.24 zur elektronischen Kommunikation mit der Bewährungs- und Gerichtshilfe). In diesem Zusammenhang wurde die Ausstattung aller Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer mit iPhones von Seiten der ABB ausdrücklich begrüßt. Ein Rückblick auf das Forderungsschreiben der Arbeitsgruppe Digitalisierung vom 24.03.2021 ergab, dass bis auf die SoPart-App und eine E-Learning-Plattform alle Forderungen zwischenzeitlich erfüllt sind. Die ABB möchte sich im Folgenden mit den Möglichkeiten der digitalen Ausstattung und den Möglichkeiten des digitalen Arbeitens beschäftigen (AG Digitalität).



Der Austausch zwischen den beteiligten Gremien kann nach wie vor als konstruktiv und wertschätzend beschrieben werden, die Kommunikationswege zwischen den Personen sind kurz, transparent und respektvoll.

Abschließend luden die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft die Anwesenden zur nächsten Landestagung (09. und 10.10.2025) nach Nürnberg ein, bei der die Diskussionen zu bestehenden und neuen Themen vertieft werden können.



(von links: Engelmann, Stangl, Stark, Hartleb, von Dahl, Gruber, Mundry, Mahl)

Die Vorsitzenden der ABB im März 2025

